

# Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG)<sup>1</sup>

vom 26. März 1931 (Stand am 22. Dezember 2003)

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
in Ausführung von Artikel 69<sup>ter</sup> der Bundesverfassung<sup>2,3</sup>  
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 17. Juni 1929<sup>4</sup>  
beschliesst:*

## Erster Abschnitt: Aufenthalt, Niederlassung, ...<sup>5</sup>

### Art. 1<sup>6</sup>

Dieses Gesetz gilt:

- a. für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft und ihre Familienangehörigen sowie für entsandte Arbeitnehmer nur so weit, als das Abkommen vom 21. Juni 1999<sup>7</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft sowie ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit keine abweichende Bestimmung enthält oder dieses Gesetz eine vorteilhaftere Rechtsstellung vorsieht;

### BS 1 121

- <sup>1</sup> Abkürzung eingefügt durch Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998 (AS 1999 1111; BBl 1996 II 1).
- <sup>2</sup> [BS 1 3]. Der genannten Bestimmung entspricht heute Art. 121 der BV vom 18. April 1999 (SR 101).
- <sup>3</sup> Fassung gemäss Ziff. IV 2 des BG vom 24. März 2000 über die Schaffung und die Anpassung gesetzlicher Grundlagen für die Bearbeitung von Personendaten, in Kraft seit 1. Sept. 2000 (AS 2000 1891 1914; BBl 1999 9005).
- <sup>4</sup> BBl 1929 I 914
- <sup>5</sup> Der Begriff «Toleranzbewilligung» wurde gestrichen durch Ziff. I des BG vom 20. Juni 1986 (AS 1987 1665; BBl 1986 I 1). Diese Änderung ist im ganzen Erlass berücksichtigt.
- <sup>6</sup> Eingefügt durch Ziff. I 1 des BG vom 8. Okt. 1999 zum Abk. zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der EG sowie ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (AS 2002 701; BBl 1999 6128). Fassung gemäss Ziff. I 1 des BG vom 14. Dez. 2001 betreffend die Bestimmungen über die Personenfreizügigkeit im Abk. zur Änd. des Übereink. zur Errichtung der EFTA, in Kraft seit 1. Juni 2002 (AS 2002 685 700; BBl 2001 4963).
- <sup>7</sup> SR 0.142.112.681

- b. für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)<sup>8</sup> und ihre Familienangehörigen sowie für entsandte Arbeitnehmer nur so weit, als das Abkommen vom 21. Juni 2001<sup>9</sup> zur Änderung des EFTA-Übereinkommens keine abweichende Bestimmung enthält oder dieses Gesetz eine vorteilhaftere Rechtsstellung vorsieht.

### Art. 1a<sup>10</sup>

Der Ausländer ist zur Anwesenheit auf Schweizer Boden berechtigt, wenn er eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung ... besitzt oder wenn er nach diesem Gesetz keiner solchen bedarf.

### Art. 2

<sup>1</sup> Der Ausländer hat sich vor Ablauf des dritten Monats seiner Anwesenheit in der Schweiz bei der Fremdenpolizeibehörde des Aufenthaltsortes zur Regelung der Bedingungen seiner Anwesenheit anzumelden. Ausländer, die zur Übersiedlung oder zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit eingereist sind, haben diese Anmeldung binnen acht Tagen, auf jeden Fall jedoch vor Antritt einer Stelle, vorzunehmen. Der Bundesrat kann für einzelne Gruppen von Erwerbstätigen die Frist zur Anmeldung ebenfalls auf drei Monate festsetzen.<sup>11</sup>

<sup>2</sup> Wer einen Ausländer gegen Entgelt beherbergt, hat diesen sofort bei der Ortspolizei zu melden. Wer einen Ausländer ohne Entgelt beherbergt, untersteht dieser Meldepflicht erst, wenn er dem Ausländer länger als einen Monat Unterkunft gewährt; vorbehalten bleiben strengere kantonale Vorschriften.

<sup>3</sup> Der Bundesrat kann, wenn besondere Verhältnisse es notwendig machen, für alle Ausländer oder für Gruppen solcher sowie für diejenigen, die Ausländer beherbergen, strengere Meldevorschriften erlassen.

### Art. 3

<sup>1</sup> Bei der Regelung der Bedingungen seiner Anwesenheit hat der Ausländer sein Ausweispapier vorzulegen. Der Bundesrat bestimmt, welche Ausweispiapiere anerkannt werden. Die Kantone können die Hinterlegung der Ausweispiapiere verlangen; vorbehalten bleiben die vom Bundesrat zu regelnden Ausnahmen.

<sup>2</sup> Der Ausländer sowie sein Arbeitgeber sind verpflichtet, der Behörde über alles, was für den Bewilligungsentscheid massgebend sein kann, wahrheitsgetreue Auskunft zu geben.

<sup>8</sup> Im Verhältnis Schweiz–Liechtenstein gilt das Prot. vom 21. Juni 2001, welches integraler Bestandteil des Abk. ist.

<sup>9</sup> SR 0.632.31

<sup>10</sup> Ursprünglich Art. 1.

<sup>11</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>3</sup> Der nicht niedergelassene Ausländer darf eine Stelle erst antreten und von einem Arbeitgeber zum Antritt der Stelle nur zugelassen werden, wenn ihm der Aufenthalt zum Stellenantritt bewilligt ist.

#### **Art. 4**

Die Behörde entscheidet, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Verträge mit dem Ausland, nach freiem Ermessen über die Bewilligung von Aufenthalt oder Niederlassung ... .

#### **Art. 5<sup>12</sup>**

<sup>1</sup> Die Aufenthaltsbewilligung ist stets befristet; die erstmalige Frist soll in der Regel nicht mehr als ein Jahr betragen. Die Aufenthaltsbewilligung kann mit Bedingungen verbunden werden.

<sup>2</sup> Im Rahmen einer Ermächtigung oder Weisung nach Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe *e* kann die Aufenthaltsbewilligung unter Vorbehalt des Widerrufs erteilt werden.

<sup>3</sup> Die Kantone können von Ausländern ohne anerkannte und gültige heimatliche Ausweis-papiere für alle öffentlich-rechtlichen Ansprüche und für die Erfüllung der auferlegten Bedingungen Sicherheit verlangen.

#### **Art. 6<sup>13</sup>**

<sup>1</sup> Die Niederlassungsbewilligung ist unbefristet. Sie darf nicht mit Bedingungen verbunden werden und setzt in der Regel den Besitz eines anerkannten und gültigen heimatlichen Ausweis-papiers voraus.

<sup>2</sup> Wird Ausländern ohne anerkanntes und gültiges heimatliches Ausweis-papier die Niederlassungsbewilligung erteilt, können die Kantone für alle öffentlich-rechtlichen Ansprüche Sicherheit verlangen.

#### **Art. 7<sup>14</sup>**

<sup>1</sup> Der ausländische Ehegatte eines Schweizer Bürgers hat Anspruch auf Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung. Nach einem ordnungsgemässen und ununterbrochenen Aufenthalt von fünf Jahren hat er Anspruch auf die Niederlassungsbewilligung. Der Anspruch erlischt, wenn ein Ausweisungsgrund vorliegt.

<sup>2</sup> Kein Anspruch besteht, wenn die Ehe eingegangen worden ist, um die Vorschriften über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern und namentlich jene über die Begrenzung der Zahl der Ausländer zu umgehen.

<sup>12</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>13</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>14</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 20. Juni 1986 (AS 1987 1665; BBl 1986 I 1). Fassung gemäss Ziff. III des BG vom 23. März 1990, in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS 1991 1034 1043; BBl 1987 III 293).

**Art. 7a<sup>15</sup>**

<sup>1</sup> Pflegekinder haben Anspruch auf Erteilung und Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung, wenn:

- a. in der Schweiz eine Adoption vorgesehen ist;
- b. die zivilrechtlichen Voraussetzungen für die Aufnahme von Pflegekindern zur Adoption erfüllt sind;
- c. die Einreise für diesen Aufenthaltszweck rechtmässig erfolgt ist.

<sup>2</sup> Kommt die Adoption nicht zu Stande, besteht ein Anspruch auf Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung und fünf Jahre nach der Einreise ein Anspruch auf die Erteilung der Niederlassungsbewilligung.

**Art. 8**

<sup>1</sup> Die Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung... gilt nur für den Kanton, der sie ausgestellt hat.

<sup>2</sup> Der Ausländer ist aber berechtigt, sich ohne Anmeldung vorübergehend auch in einem andern Kanton aufzuhalten und dort seine Erwerbstätigkeit auszuüben, sofern damit nicht eine Verlegung des Schwerpunktes dieser Tätigkeit verbunden ist. Soll der Aufenthalt im andern Kanton nicht bloss vorübergehend sein oder soll der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit in diesen verlegt werden, so ist vorher das Einverständnis dieses Kantons einzuholen. Wenn dem andern Kanton die Anwesenheit des Ausländers auf seinem Gebiet unerwünscht erscheint, so kann er der eidgenössischen Behörde den Entzug der Aufenthaltsbewilligung ... beantragen. Der Kanton, der diese ausgestellt hat, ist vor dem Entscheid anzuhören.

<sup>3</sup> Der Ausländer, der seinen Aufenthalt von einem Kanton in einen anderen verlegt, ist verpflichtet, sich binnen acht Tagen bei der Fremdenpolizeibehörde des neuen Aufenthaltsortes anzumelden. Artikel 3 Absatz 3 gilt auch im diesem Falle.<sup>16</sup>

**Art. 9<sup>17</sup>**

<sup>1</sup> Die Aufenthaltsbewilligung erlischt:

- a. mit dem Ablauf der Bewilligungsfrist, sofern diese nicht verlängert worden ist;
- b. mit der Erteilung einer Bewilligung in einem andern Kanton;
- c. mit der Abmeldung oder wenn der Aufenthalt tatsächlich aufgegeben ist;

<sup>15</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. 3 des BG vom 22. Juni 2001 zum Haager Adoptionsübereinkommen und über Massnahmen zum Schutz des Kindes bei internationalen Adoptionen, in Kraft seit 1. Jan. 2003 (SR **211.221.31**).

<sup>16</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS **1949** I 221 227; BBl **1948** I 1293).

<sup>17</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS **1949** I 221 227; BBl **1948** I 1293).

- d. mit der Ausweisung oder Heimschaffung;
  - e. mit dem Entzug gemäss Artikel 8 Absatz 2.
- <sup>2</sup> Die Aufenthaltsbewilligung kann widerrufen werden:
- a. wenn der Ausländer sie durch falsche Angaben oder wissentliches Verschweigen wesentlicher Tatsachen erschlichen hat;
  - b. wenn eine mit ihr verbundene Bedingung nicht erfüllt wird oder wenn das Verhalten des Ausländers Anlass zu schweren Klagen gibt;
  - c. wenn sie nur auf Widerruf erteilt wurde.
- <sup>3</sup> Die Niederlassungsbewilligung erlischt:
- a. mit der Erteilung einer Bewilligung in einem andern Kanton;
  - b. mit der Ausweisung oder Heimschaffung;
  - c. durch Abmeldung oder wenn sich der Ausländer während sechs Monaten tatsächlich im Ausland aufhält; stellt er vor deren Ablauf das Begehren, so kann diese Frist bis auf zwei Jahre verlängert werden;
  - d. wenn der Ausländer, der die Bewilligung auf Grund eines anerkannten und gültigen heimatlichen Ausweispapiers erhalten hat, aufhört, ein solches zu besitzen; in diesem Fall kann ihm eine neue Niederlassungsbewilligung erteilt werden, wobei Artikel 6 Absatz 2 anwendbar ist.
- <sup>4</sup> Die Niederlassungsbewilligung kann widerrufen werden:
- a. wenn der Ausländer sie durch falsche Angaben oder wissentliches Verschweigen wesentlicher Tatsachen erschlichen hat;
  - b. wenn die nach Artikel 6 Absatz 2 verlangte Sicherheit nicht geleistet wird.
- <sup>5</sup> ...<sup>18</sup>

#### **Art. 10<sup>19</sup>**

<sup>1</sup> Der Ausländer kann aus der Schweiz oder aus einem Kanton nur ausgewiesen werden:

- a. wenn er wegen eines Verbrechens oder Vergehens gerichtlich bestraft wurde;
- b. wenn sein Verhalten im allgemeinen und seine Handlungen darauf schliessen lassen, dass er nicht gewillt oder nicht fähig ist, sich in die im Gaststaat geltende Ordnung einzufügen;
- c. wenn er infolge Geisteskrankheit die öffentliche Ordnung gefährdet;
- d. wenn er oder eine Person, für die er zu sorgen hat, der öffentlichen Wohltätigkeit fettersetzt und in erheblichem Masse zur Last fällt.

<sup>18</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 20. Juni 1986 (AS 1987 1665; BBl 1986 I 1).

<sup>19</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>2</sup> Die Ausweisung nach Absatz 1 Buchstabe *c* oder *d* darf nur verfügt werden, wenn dem Ausgewiesenen die Heimkehr in seinen Heimatstaat möglich und zumutbar ist.

<sup>3</sup> Die Ausweisung soll nur ausnahmsweise auf das Gebiet eines Kantons beschränkt werden und nur dann, wenn der Ausländer in einem anderen Kanton eine Anwesenheitsbewilligung besitzt oder erhält.

<sup>4</sup> Die Ausweisung wegen Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Eidgenossenschaft, gemäss Bundesverfassung<sup>20</sup>, und diejenige durch strafgerichtliches Urteil bleiben von diesem Gesetz unberührt.

### Art. 11<sup>21</sup>

<sup>1</sup> Die Ausweisung kann befristet, aber nicht für weniger als zwei Jahre, oder unbefristet ausgesprochen werden.

<sup>2</sup> ...<sup>22</sup>

<sup>3</sup> Die Ausweisung soll nur verfügt werden, wenn sie nach den gesamten Umständen angemessen erscheint. Auch bei der Ausweisung nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe *d* sollen unnötige Härten vermieden werden. In diesen Fällen kann auch blosser Heimschaffung verfügt werden.

<sup>4</sup> Ausgewiesene dürfen das Gebiet der Schweiz nicht betreten. Die Ausweisung kann in Ausnahmefällen vorübergehend eingestellt oder ganz aufgehoben werden; hierdurch wird jedoch eine durch die Ausweisung aufgehobene Bewilligung nicht wiederhergestellt.

### Art. 12

<sup>1</sup> Der Ausländer, der keine Bewilligung besitzt, kann jederzeit zur Ausreise aus der Schweiz verhalten werden.

<sup>2</sup> Beim Ablauf der Bewilligung ist der Ausländer zur Ausreise aus dem Kanton verpflichtet.

<sup>3</sup> Der Ausländer ist ferner zur Ausreise verpflichtet, wenn ihm eine Bewilligung oder die Verlängerung einer solchen verweigert und wenn die Bewilligung widerrufen oder ihm gemäss Artikel 8 Absatz 2 entzogen wird. Die Behörde setzt in diesen Fällen den Tag fest, an dem die Aufenthaltsberechtigung aufhört (Ausreisefrist). Ist die Behörde eine kantonale, so hat der Ausländer aus dem Kanton, ist sie eine eidgenössische, so hat er aus der Schweiz auszureisen. Die eidgenössische Behörde kann die Pflicht zur Ausreise aus einem Kanton auf die ganze Schweiz ausdehnen.

<sup>4</sup> Auch bei der Ausweisung setzt die Behörde den Tag fest, an dem die Aufenthaltsberechtigung aufhört.

<sup>20</sup> SR 101

<sup>21</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>22</sup> Aufgehoben durch Ziff. III des BG vom 23. März 1990 (AS 1991 1034; BBl 1987 III 293).

**Art. 13<sup>23</sup>**

<sup>1</sup> Die eidgenössische Behörde kann über unerwünschte Ausländer die Einreisesperre verhängen. Sie kann ferner, jedoch für höchstens drei Jahre, die Einreisesperre verhängen über Ausländer, die sich grobe oder mehrfache Zuwiderhandlungen gegen fremdenpolizeiliche oder andere gesetzliche Bestimmungen und gestützt darauf erlassene behördliche Verfügungen haben zuschulden kommen lassen. Während der Einreisesperre ist dem Ausländer jeder Grenzübertritt ohne ausdrückliche Ermächtigung der verfügenden Behörde untersagt.

<sup>2</sup> Die eidgenössische Behörde kann einem Ausländer, dessen Einreise oder Wiedereinreise zu bestimmten Zwecken unerwünscht ist, eine Einreisebeschränkung auferlegen. Diese besteht im Verbot, ohne ausdrückliche Ermächtigung der eidgenössischen Behörde zu den in der Verfügung aufgeführten Zwecken einzureisen; sie kann für höchstens zwei Jahre verhängt werden.

**Art. 13a<sup>24</sup>**

Um die Durchführung eines Wegweisungsverfahrens sicherzustellen, kann die zuständige kantonale Behörde einen Ausländer, der keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzt, während der Vorbereitung des Entscheides über seine Aufenthaltsberechtigung für höchstens drei Monate in Haft nehmen, wenn er:

- a. sich im Asyl- oder Wegweisungsverfahren weigert, seine Identität offenzulegen, mehrere Asylgesuche unter verschiedenen Identitäten einreicht oder wiederholt einer Vorladung ohne ausreichende Gründe keine Folge leistet;
- b. ein nach Artikel 13e ihm zugewiesenes Gebiet verlässt oder ihm verbotenes Gebiet betritt;
- c.<sup>25</sup> trotz Einreisesperre das Gebiet der Schweiz betritt und nicht sofort wegweisen werden kann;
- d. nach einer rechtskräftigen Ausweisung aufgrund von Artikel 10 Absatz 1, Buchstabe a oder b oder nach einer unbedingten Landesverweisung ein Asylgesuch einreicht;
- e. Personen ernsthaft bedroht oder an Leib und Leben erheblich gefährdet und deshalb strafrechtlich verfolgt wird oder verurteilt worden ist.

**Art. 13b<sup>26</sup>**

<sup>1</sup> Wurde ein erstinstanzlicher Weg- oder Ausweisungsentscheid eröffnet, so kann die zuständige kantonale Behörde den Ausländer zur Sicherstellung des Vollzugs:

<sup>23</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>24</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).

<sup>25</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (AS 1999 1111 2253; BBl 1996 II 1).

<sup>26</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).

- a. in Haft belassen, wenn er sich gestützt auf Artikel 13a bereits in Haft befindet;
- b. in Haft nehmen, wenn Gründe nach Artikel 13a Buchstabe b, c oder e vorliegen;
- c. in Haft nehmen, wenn konkrete Anzeichen befürchten lassen, dass er sich der Ausschaffung entziehen will, insbesondere weil sein bisheriges Verhalten darauf schliessen lässt, dass er sich behördlichen Anordnungen widersetzt.

<sup>2</sup> Die Haft darf höchstens drei Monate dauern; stehen dem Vollzug der Weg- oder Ausweisung besondere Hindernisse entgegen, so kann die Haft mit Zustimmung der kantonalen richterlichen Behörde um höchstens sechs Monate verlängert werden.

<sup>3</sup> Die für den Vollzug der Weg- oder Ausweisung notwendigen Vorkehren sind umgehend zu treffen.

#### **Art. 13c<sup>27</sup>**

<sup>1</sup> Die Haft wird von der Behörde des Kantons angeordnet, welcher für den Vollzug der Weg- oder Ausweisung zuständig ist.

<sup>2</sup> Die Rechtmässigkeit und die Angemessenheit der Haft sind spätestens nach 96 Stunden durch eine richterliche Behörde aufgrund einer mündlichen Verhandlung zu überprüfen.

<sup>3</sup> Die richterliche Behörde berücksichtigt bei der Überprüfung des Entscheides über Anordnung, Fortsetzung und Aufhebung der Haft neben den Haftgründen insbesondere die familiären Verhältnisse der inhaftierten Person und die Umstände des Haftvollzugs. Die Anordnung einer Vorbereitungs- oder Ausschaffungshaft gegenüber Kindern und Jugendlichen, die das 15. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, ist ausgeschlossen.

<sup>4</sup> Der inhaftierte Ausländer kann einen Monat nach der Haftüberprüfung ein Haftentlassungsgesuch einreichen. Über das Gesuch hat die richterliche Behörde innert acht Arbeitstagen aufgrund einer mündlichen Verhandlung zu entscheiden. Ein erneutes Gesuch um Haftentlassung kann bei der Haft gemäss Artikel 13a nach einem und bei der Haft gemäss Artikel 13b nach zwei Monaten gestellt werden.

<sup>5</sup> Die Haft wird beendet, wenn:

- a. der Haftgrund entfällt oder sich erweist, dass der Vollzug der Weg- oder Ausweisung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen undurchführbar ist;
- b. einem Haftentlassungsgesuch entsprochen wird;
- c. die inhaftierte Person eine freiheitsentziehende Strafe oder Massnahme antritt.

<sup>6</sup> Die zuständige Behörde hat über die Aufenthaltsberechtigung des inhaftierten Ausländers ohne Verzug zu entscheiden.

<sup>27</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).



**Art. 13<sup>d</sup>28**

<sup>1</sup> Die Kantone sorgen dafür, dass eine vom Verhafteten bezeichnete Person in der Schweiz benachrichtigt wird. Der Verhaftete kann mit seinem Rechtsvertreter mündlich und schriftlich verkehren.

<sup>2</sup> Die Haft ist in geeigneten Räumlichkeiten zu vollziehen. Die Zusammenlegung mit Personen in Untersuchungshaft oder im Strafvollzug ist zu vermeiden. Den Inhaftierten ist soweit möglich geeignete Beschäftigung anzubieten.

**Art. 13<sup>e</sup>29**

<sup>1</sup> Die zuständige kantonale Behörde kann einem Ausländer, der keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzt und der die öffentliche Sicherheit und Ordnung stört oder gefährdet, insbesondere zur Bekämpfung des widerrechtlichen Betäubungsmittelhandels, die Auflage machen, ein ihm zugewiesenes Gebiet nicht zu verlassen oder ein bestimmtes Gebiet nicht zu betreten.

<sup>2</sup> Diese Massnahmen werden von der Behörde des Kantons angeordnet, der für den Vollzug der Weg- oder Ausweisung zuständig ist. Das Verbot, ein bestimmtes Gebiet zu betreten, kann auch von der Behörde des Kantons erlassen werden, in dem dieses Gebiet liegt.

<sup>3</sup> Gegen die Anordnung dieser Massnahmen kann bei einer kantonalen richterlichen Behörde Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

**Art. 14<sup>30</sup>**

<sup>1</sup> Die zuständige kantonale Behörde kann einen Ausländer in einen von ihr bezeichneten Staat ausschaffen, wenn:

- a. er die Frist, die ihm zur Ausreise gesetzt worden ist, verstreichen lässt;
- b. seine Weg- oder Ausweisung sofort vollzogen werden kann;
- c. er sich nach Artikel 13<sup>b</sup> in Haft befindet und ein rechtskräftiger Aus- oder Wegweisungsentscheid vorliegt.

<sup>2</sup> Hat der Ausländer die Möglichkeit, rechtmässig in mehrere Staaten auszureisen, so wird er in das Land seiner Wahl ausgeschafft.

<sup>3</sup> Die zuständige kantonale Behörde kann während eines Aus- oder Wegweisungsverfahrens einen Ausländer sowie Sachen, die er mitführt, zur Sicherstellung von Reise- und Identitätspapieren durchsuchen. Die Durchsuchung darf nur von einer Person gleichen Geschlechts durchgeführt werden.

28 Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).

29 Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).

30 Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).

<sup>4</sup> Ist ein erstinstanzlicher Entscheid ergangen, so kann die richterliche Behörde die Durchsuchung einer Wohnung oder anderer Räume anordnen, wenn der Verdacht besteht, dass sich ein weg- oder auszuweisender Ausländer darin verborgen hält.

**Art. 14a<sup>31</sup>**

<sup>1</sup> Ist der Vollzug der Weg- oder Ausweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar, so verfügt das Bundesamt für Flüchtlinge die vorläufige Aufnahme.<sup>32</sup>

<sup>2</sup> Der Vollzug ist nicht möglich, wenn der Ausländer weder in den Herkunfts- oder in den Heimatstaat noch in einen Drittstaat ausreisen oder dorthin gebracht werden kann.<sup>33</sup>

<sup>3</sup> Der Vollzug ist nicht zulässig, wenn völkerrechtliche Verpflichtungen der Schweiz einer Weiterreise des Ausländers in seinen Heimat-, Herkunfts- oder einen Drittstaat entgegenstehen.<sup>34</sup>

<sup>4</sup> Der Vollzug kann insbesondere nicht zumutbar sein, wenn er für den Ausländer eine konkrete Gefährdung darstellt.<sup>35</sup>

<sup>4bis</sup> Führt der Vollzug der Wegweisung für den Asylbewerber zu einer schwerwiegenden persönlichen Notlage nach Artikel 44 Absatz 3 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998<sup>36</sup>, so kann das Bundesamt für Flüchtlinge die vorläufige Aufnahme verfügen.<sup>37</sup>

<sup>5</sup> ...<sup>38</sup>

<sup>6</sup> Die Absätze 4 und <sup>4bis</sup> finden keine Anwendung, wenn der weg- oder ausgewiesene Ausländer die öffentliche Sicherheit und Ordnung verletzt hat oder in schwerwiegender Weise gefährdet.<sup>39</sup>

<sup>31</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 20. Juni 1986 (AS **1987** 1665; BBl **1986** I 1).

<sup>32</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS **1995** 146 151; BBl **1994** I 305).

<sup>33</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 1 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (SR **142.31**).

<sup>34</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 1 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (SR **142.31**).

<sup>35</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 1 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (SR **142.31**).

<sup>36</sup> SR **142.31**

<sup>37</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. 1 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (SR **142.31**).

<sup>38</sup> Aufgehoben durch Anhang Ziff. 1 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (SR **142.31**).

<sup>39</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 1 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (SR **142.31**).

**Art. 14b**<sup>40</sup>

<sup>1</sup> Die vorläufige Aufnahme kann vom Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung<sup>41</sup>, von der Bundesanwaltschaft und von der kantonalen Fremdenpolizeibehörde beantragt werden.<sup>42</sup>

<sup>2</sup> Die vorläufige Aufnahme ist aufzuheben, wenn der Vollzug zulässig und es dem Ausländer möglich und zumutbar ist, sich rechtmässig in einen Drittstaat oder in seinen Heimatstaat oder in das Land zu begeben, in dem er zuletzt wohnte. Sie erlischt, wenn der Ausländer freiwillig ausreist oder eine Aufenthaltsbewilligung erhält.<sup>43</sup>

<sup>2bis</sup> Die vorläufige Aufnahme nach Artikel 14a Absatz 4<sup>bis</sup> kann aufgehoben werden, wenn beim Ausländer keine schwerwiegende persönliche Notlage nach Artikel 44 Absatz 3 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998<sup>44</sup> mehr gegeben ist oder wenn Gründe nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a oder b vorliegen.<sup>45</sup>

<sup>3</sup> ...<sup>46</sup>

<sup>4</sup> Für die Übernahme der Ausreisekosten und die Ausrichtung von Rückkehrhilfe durch den Bund gelten die Artikel 92 und 93 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998, soweit sie auf Asylsuchende anwendbar sind.<sup>47</sup>

**Art. 14c**<sup>48</sup>

<sup>1</sup> Die vorläufige Aufnahme kann unter Vorbehalt von Artikel 14b Absätze 2 und 2<sup>bis</sup> für zwölf Monate verfügt werden. Der Aufenthaltskanton verlängert sie in der Regel um jeweils zwölf Monate.

<sup>1bis</sup> Das Bundesamt für Flüchtlinge verteilt vorläufig aufgenommene Ausländer nach dem in Artikel 27 Absatz 2 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998<sup>49</sup> festgelegten Verteilungsschlüssel auf die Kantone, sofern sich diese nicht auf einen anderen Verteilungsschlüssel einigen können. Es trägt dabei den schützenswerten Interessen der Kantone und der vorläufig aufgenommenen Ausländer Rechnung.<sup>50</sup>

<sup>40</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 20. Juni 1986 (AS 1987 1665; BBl 1986 I 1).

<sup>41</sup> Die Bezeichnung der Verwaltungseinheit wurde gemäss Art. 4a der Publikationsverordnung vom 15. Juni 1998 (SR 170.512.1) angepasst. Die Anpassung wurde im ganzen Erlass vorgenommen.

<sup>42</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).

<sup>43</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).

<sup>44</sup> SR 142.31

<sup>45</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. I des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (SR 142.31).

<sup>46</sup> Aufgehoben durch Anhang Ziff. I des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (SR 142.31).

<sup>47</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. I des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (SR 142.31).

<sup>48</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 20. Juni 1986 (AS 1987 1665; BBl 1986 I 1). Fassung gemäss Anhang Ziff. I des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (SR 142.31).

<sup>49</sup> SR 142.31

<sup>50</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (AS 1999 1111 2253; BBl 1996 II 1).

<sup>1ter</sup> Das Gesuch um einen Kantonswechsel ist vom vorläufig aufgenommenen Ausländer beim Bundesamt für Flüchtlinge einzureichen. Dieses entscheidet unter Vorbehalt von Absatz 1<sup>quater</sup> nach Anhörung der betroffenen Kantone endgültig.<sup>51</sup>

<sup>1quater</sup> Der Zuweisungsentscheid oder der Entscheid über den Kantonswechsel kann nur mit der Begründung angefochten werden, er verletze den Grundsatz der Einheit der Familie.<sup>52</sup>

<sup>2</sup> Der vorläufig aufgenommene Ausländer kann seinen Aufenthaltsort im Gebiet des bisherigen oder des zugewiesenen Kantons frei wählen.<sup>53</sup>

<sup>3</sup> Die kantonalen Behörden bewilligen dem Ausländer eine unselbständige Erwerbstätigkeit, sofern die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage dies gestatten.

<sup>4</sup> Festsetzung, Ausrichtung und Abrechnung von Fürsorgeleistungen richten sich nach kantonalem Recht. Das 5. Kapitel des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998<sup>54</sup> gilt sinngemäss. Die Fürsorge für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge richtet sich nach den für Flüchtlinge anwendbaren Bestimmungen des 5. und 6. Kapitels des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998.

<sup>5</sup> Der Bund zahlt den Kantonen für jeden vorläufig aufgenommenen Ausländer eine Pauschale nach Artikel 88 Absatz 1 Buchstabe a des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998. Die Kostenerstattungspflicht beginnt mit der Einreichung des Gesuchs nach Artikel 14*b* Absatz 1 oder mit der Anordnung der vorläufigen Aufnahme nach Artikel 14*a* Absatz 1 und dauert bis zum Zeitpunkt, den das Bundesamt für Flüchtlinge mit der Aufhebung der vorläufigen Aufnahme festsetzt.

<sup>6</sup> Vorläufig aufgenommene Ausländer sind verpflichtet, für die Rückerstattung von Fürsorge-, Verfahrens-, Ausreise- und Vollzugskosten Sicherheit zu leisten. Die Artikel 85–87 sowie die Bestimmungen des 10. Kapitels des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 gelten sinngemäss.

## Art. 14*d*

### Art. 14*e*<sup>55</sup>

<sup>1</sup> Der Bund kann den Bau und die Einrichtung kantonaler Haftanstalten, die ausschliesslich dem Vollzug der Vorbereitungs- und der Ausschaffungshaft dienen, ganz oder teilweise finanzieren. Für das Verfahren sind die einschlägigen Bestimmungen der Abschnitte 2 und 5–8 des Bundesgesetzes vom 5. Oktober 1984<sup>56</sup> über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug sinngemäss anwendbar.

<sup>51</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (AS 1999 1111 2253; BBl 1996 II 1).

<sup>52</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (AS 1999 1111 2253; BBl 1996 II 1).

<sup>53</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (AS 1999 1111 2253; BBl 1996 II 1).

<sup>54</sup> SR 142.31

<sup>55</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).

<sup>56</sup> SR 341

<sup>2</sup> Der Bund beteiligt sich mit einer Tagespauschale an den Betriebskosten der Kantone für den Vollzug der Vorbereitungs- und der Ausschaffungshaft. Die Pauschale wird ausgerichtet für:

- a. Asylbewerber;
- b. Flüchtlinge und Ausländer, deren Inhaftierung im Zusammenhang mit der Aufhebung einer vorläufigen Aufnahme steht;
- c. Personen, deren Inhaftierung im Zusammenhang mit einer Wegweisungsverfügung des Bundesamtes für Flüchtlinge angeordnet wurde;
- d. Flüchtlinge, die nach Artikel 44 des Asylgesetzes vom 5. Oktober 1979<sup>57</sup> ausgewiesen werden.

## Zweiter Abschnitt: Behörden und Verfahren

### Art. 15

<sup>1</sup> Jeder Kanton bezeichnet eine kantonale Fremdenpolizeibehörde (Kantonale Fremdenpolizei). Diese ist zuständig für alle fremdenpolizeilichen Obliegenheiten, die nicht einer Bundesbehörde zustehen oder durch die kantonale Gesetzgebung einer anderen Behörde übertragen sind.

<sup>2</sup> Die Befugnis zum Entscheid über die Ausweisung eines Ausländers sowie über die Erteilung oder den Fortbestand einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung ... ist der kantonalen Fremdenpolizei oder einer ihr übergeordneten Behörde zu übertragen. Ausnahmsweise können mit Zustimmung des Bundesrates für Entscheide über Aufenthalt auch untere Behörden zuständig erklärt werden; ebenso für Ausweisungen mehrere einander nebengeordnete Behörden.

<sup>3</sup> Das Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung ist für alle keiner anderen eidgenössischen Stelle zugewiesenen fremdenpolizeilichen Obliegenheiten des Bundes zuständig.

<sup>4</sup> Das Bundesamt für Flüchtlinge ist für Anordnung und Vollzug der vorläufigen Aufnahme zuständig, soweit dieses Gesetz nicht die Kantone damit beauftragt.<sup>58</sup> Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement bestimmt, in welchen Fällen für die Einstellung oder Aufhebung einer nach Artikel 10 verfügten, für die ganze Schweiz geltenden Ausweisung seine Zustimmung eingeholt werden muss.<sup>59</sup>

<sup>57</sup> [AS 1980 1718, 1986 2062, 1987 1674, 1990 938 1587 Art. 3 Abs. 1, 1994 1634 Ziff. I 8.1 2876, 1995 146 Ziff. II 1126 Ziff. II 1 4356, 1997 2372 2394, 1998 1582. AS 1999 2262 Art. 120 Bst. a]. Siehe heute das Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (SR 142.31).

<sup>58</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).

<sup>59</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. Juni 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS 1987 1665 1668; BBl 1986 I 1).

**Art. 16**

<sup>1</sup> Die Bewilligungsbehörden haben bei ihren Entscheidungen die geistigen und wirtschaftlichen Interessen sowie den Grad der Überfremdung des Landes zu berücksichtigen.

<sup>2</sup> Vor Erteilung einer Bewilligung ist, wenn der Ausländer eine Stelle antreten will, in der Regel die Begutachtung des zuständigen Arbeitsnachweises einzuholen.

<sup>3</sup> Vor der Erteilung einer Bewilligung an Ausländer, die sich voraussichtlich längere Zeit in der Schweiz aufhalten, muss ein Strafregisterauszug vorliegen; vorbehalten bleiben die vom Bundesrat zu bestimmenden Ausnahmen.

**Art. 17**

<sup>1</sup> In der Regel wird die Behörde dem Ausländer, auch wenn er voraussichtlich dauernd im Lande bleibt, zunächst nur Aufenthalt bewilligen. Das Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung setzt im einzelnen Fall fest, von wann an frühestens die Niederlassung bewilligt werden darf.

<sup>2</sup> Ist dieser Zeitpunkt bereits festgelegt oder ist der Ausländer im Besitz der Niederlassungsbewilligung, so hat sein Ehegatte Anspruch auf Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung, solange die Ehegatten zusammen wohnen. Nach einem ordnungsgemässen und ununterbrochenen Aufenthalt von fünf Jahren hat der Ehegatte ebenfalls Anspruch auf die Niederlassungsbewilligung. Ledige Kinder unter 18 Jahren haben Anspruch auf Einbezug in die Niederlassungsbewilligung, wenn sie mit ihren Eltern zusammen wohnen. Die Ansprüche erlöschen, wenn der Anspruchsberechtigte gegen die öffentliche Ordnung verstossen hat.<sup>60</sup>

<sup>2bis</sup> Hinsichtlich der Bewilligung des Nachzugs von ledigen Kindern unter 18 Jahren von Inhabern einer Aufenthaltsbewilligung regelt der Bundesrat die notwendigen Bewilligungsvoraussetzungen, -auflagen und -bedingungen in der Weise, dass jedenfalls die berufliche Grundbildung dieser Kinder gewährleistet ist.<sup>61</sup>

**Art. 18**

<sup>1</sup> Der eine Bewilligung verweigernde kantonale Entscheid ist endgültig; vorbehalten bleibt Artikel 21.

<sup>2</sup> Die Kantone sind zuständig, von sich aus Aufenthaltsbewilligungen zu erteilen

- a. nicht erwerbstätigen Ausländern bis auf zwei Jahre, sofern nach dem Zwecke des Aufenthaltes und nach den Umständen glaubhaft ist, dass der Ausländer sich nur für beschränkte Zeit in der Schweiz aufhalten werde,  
Schülern auf die Dauer des Schulbesuches,

<sup>60</sup> Fassung gemäss Ziff. III des BG vom 23. März 1990, in Kraft seit 1. Jan. 1992 (AS 1991 1034 1043; BBl 1987 III 293).

<sup>61</sup> Eingefügt durch Anhang Ziff. II 2 des Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dez. 2002, in Kraft seit 1. Jan. 2004 (SR 412.10).

Studenten bis zum Abschluss der Studien,

Kranken in Heilanstalten bis zum Austritt aus der Anstalt;

b.<sup>62</sup> Hausangestellten und Angestellten in der Landwirtschaft bis auf fünf Jahre;

c. Saisonarbeitern und -angestellten für eine Saison, jedoch höchstens bis auf neun Monate und, soweit das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)<sup>63</sup> für bestimmte Berufe eine Höchstzahl der jährlich zuzulassenden Saisonarbeiter bestimmt, im Rahmen dieser Höchstzahl.

<sup>3</sup> Alle anderen Bewilligungen bedürfen der Zustimmung des Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung. Sofern dieses nichts anderes verfügt, können im Rahmen dieser Zustimmung alle Kantone Bewilligungen erteilen. Die Zustimmung kann für Aufenthalt ... an Bedingungen und Beschränkungen gebunden werden.

<sup>4</sup> Der Bundesrat kann nach Anhörung der Kantone deren Zuständigkeit abweichend von den Absätzen 2 und 3 ordnen.<sup>64</sup>

<sup>5</sup> Auch wenn die Zustimmung des Bundesamtes für Zuwanderung, Integration und Auswanderung notwendig ist, können die Kantone, wenn die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit durch den Ausländer dringend ist, eine provisorische Aufenthaltsbewilligung ... erteilen; sie haben dies dem Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung sofort zu melden.<sup>65</sup>

<sup>6</sup> Die Gesuche sind von den Behörden des Bundes und der Kantone mit Beförderung zu erledigen.<sup>66</sup>

## Art. 19

<sup>1</sup> Soweit nicht die in Artikel 15 Absatz 2 aufgezählten Entscheide dem Regierungsrat oder einem Departementschef vorbehalten sind oder nicht ein Rekurs an die eidgenössische Behörde offensteht, muss das kantonale Recht für den Ablehnungsfall den Rekurs an eine obere kantonale Instanz vorsehen.

<sup>2</sup> Ablehnende Entscheide über Aufenthalt oder Niederlassung ... sowie Ausweisungs-, Entzugs- und Widerrufsverfügungen sind schriftlich zu begründen; wo ein Rekurs offensteht, ist dabei auf die Rekursfrist und die Rekursbehörde hinzuweisen. Dem Rekurrenten oder seinem Vertreter ist Einsicht in die Akten zu gewähren, soweit nicht die öffentliche Ordnung und Sicherheit dem entgegenstehen.

<sup>62</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>63</sup> Bezeichnung gemäss nicht veröffentlichtem BB vom 19. Dez. 1997. Diese Änd. ist im gesamten Erlass berücksichtigt

<sup>64</sup> Eingefügt durch Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>65</sup> Ursprünglich Abs. 4. Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>66</sup> Ursprünglich Abs. 5

**Art. 20**<sup>67</sup>

<sup>1</sup> Eine Beschwerde beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement ist zulässig gegen:

- a. Verfügungen des Bundesamtes für Zuwanderung, Integration und Auswanderung;
- b.<sup>68</sup> Verfügungen des Bundesamtes für Flüchtlinge über die vorläufige Aufnahme von Ausländern; ausgenommen sind Verfügungen nach Artikel 44 Absätze 2 und 3 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998<sup>69,70</sup>.

<sup>2</sup> Zur Beschwerde sind ausser dem Ausländer auch die zuständige kantonale Behörde und andere Mitbeteiligte berechtigt.

<sup>3</sup> Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement entscheidet endgültig, soweit nicht die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht zulässig ist.

**Art. 21**<sup>71</sup>

Die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 20. Dezember 1968<sup>72</sup> und des Bundesrechtspflegegesetzes vom 16. Dezember 1943<sup>73</sup> über den Fristenstillstand finden im Verfahren nach den Artikeln 13a, 13b und 13e keine Anwendung.

**Art. 22**

Die Beschwerde wegen Verletzung der Bestimmungen von Staatsverträgen über Niederlassung wird von diesem Gesetze nicht berührt.

**Art. 22a**<sup>74</sup>

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement unterstützt die mit dem Vollzug der Weg- oder Ausweisung von Ausländern betrauten Kantone, indem es insbesondere:

- a. bei der Beschaffung von Reisepapieren mitwirkt;
- b. Reisemöglichkeiten organisiert;

<sup>67</sup> Fassung gemäss Ziff. II Abs. 1 Ziff. 5 des BG vom 20. Dez. 1968 über die Änderung des OG, in Kraft seit 1. Okt. 1969 (SR **173.110** am Schluss, SchlB Änd. vom 20. Dez. 1968).

<sup>68</sup> Fassung gemäss Anhang Ziff. 1 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (SR **142.31**).

<sup>69</sup> SR **142.31**

<sup>70</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. Juni 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS **1987** 1665 1668; BBl **1986** I 1).

<sup>71</sup> Aufgehoben durch Art. 51 Ziff. 1 des Asylgesetzes vom 5. Okt. 1979 [AS **1980** 1718]. Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (AS **1999** 1111 2253; BBl **1996** II 1).

<sup>72</sup> SR **172.021**

<sup>73</sup> SR **173.110**

<sup>74</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (AS **1999** 1111 2253; BBl **1996** II 1).



- c. die Zusammenarbeit zwischen mehreren betroffenen Kantonen sowie mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten koordiniert.

### **Dritter Abschnitt:<sup>75</sup> Datenschutzbestimmungen**

#### **Art. 22b**

Das Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung und, in seinem Zuständigkeitsbereich, der Beschwerdedienst des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements können die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben notwendigen Personendaten von Ausländern bearbeiten oder bearbeiten lassen. Es dürfen insbesondere folgende Daten bearbeitet werden:

- a. die Personalien;
- b. die fremdenpolizeiliche Regelung;
- c. die berufliche Tätigkeit;
- d. administrative und strafrechtliche Massnahmen und Verurteilungen;
- e. nicht erfüllte öffentlich-rechtliche Pflichten oder Alimentenverpflichtungen.

#### **Art. 22c**

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung kann zur Erfüllung seiner Aufgaben, insbesondere zur Bekämpfung strafbarer Handlungen im Ausländerbereich, Personendaten von Ausländern den mit entsprechenden Aufgaben betrauten ausländischen Behörden und internationalen Organisationen zur weiteren Bearbeitung bekanntgeben, wenn sie für einen gleichwertigen Schutz der übermittelten Daten Gewähr bieten.

<sup>2</sup> Nach Absatz 1 können folgende Personendaten bekanntgegeben werden:

- a. Personalien (Name, Vorname, Aliasnamen, Geburtsdatum, Geschlecht, Staatsangehörigkeit) der betroffenen Person und gegebenenfalls der Angehörigen;
- b. Angaben über den Reisepass oder andere Identitätsausweise;
- c. weitere zur Identifikation einer Person erforderliche Daten;
- d. Angaben über Aufenthaltsorte und Reisewege;
- e. Angaben über Anwesenheitsbewilligung und erteilte Visa;
- f. Angaben über den Gesundheitszustand, soweit dies im Interesse der betroffenen Person liegt.

<sup>75</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. März 1999 (AS 1999 1111 1117; BBl 1996 II 1).

<sup>3</sup> Bei der Prüfung der Einreisevoraussetzungen sowie bei fremdenpolizeilichen Verfahren können von Ausländern zur Feststellung der Identität Fingerabdrücke und Fotografien erstellt werden. Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen.

#### **Art. 22d**

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung führt in Zusammenarbeit mit den in Artikel 22e aufgeführten Bundesstellen und unter Mitwirkung der Kantone ein automatisiertes Register über Ausländer (Zentrales Ausländerregister).

<sup>2</sup> Das Zentrale Ausländerregister dient der Rationalisierung der Arbeitsabläufe, der Kontrolle im Rahmen der Ausländergesetzgebung, der Erstellung von Statistiken über Ausländer, sowie in besonderen Fällen der Erleichterung der Amtshilfe.

<sup>3</sup> Im weiteren dient das Zentrale Ausländerregister der automatisierten Ausstellung und Kontrolle von Visa (Sichtvermerken). Zu diesem Zweck wird eine spezielle Sammlung von Visadaten geführt. Dabei werden auch besonders schützenswerte Daten namentlich über Wegweisungen, Einreisesperren und Ausweisungen bearbeitet.

#### **Art. 22e**

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung kann Personendaten aus dem Zentralen Ausländerregister folgenden Behörden durch ein Abrufverfahren direkt zugänglich machen, soweit dies für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben unerlässlich ist:

- a. den Fremdenpolizeibehörden der Kantone und Gemeinden für die Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz;
- b. den schweizerischen Vertretungen im Ausland für die Prüfung der Visumgesuche;
- c. den Arbeitsmarktbehörden von Bund, Kantonen und Gemeinden für ihre Aufgaben nach der Verordnung vom 6. Oktober 1986<sup>76</sup> über die Begrenzung der Zahl der Ausländer;
- d. den Asylbehörden des Bundes für ihre Aufgaben nach dem Asylgesetz vom 26. Juni 1998<sup>77</sup> und nach dem vorliegenden Gesetz;
- e. dem Beschwerdedienst des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements für die Instruktion der Beschwerden nach diesem Gesetz;
- f. den Grenzposten für die Durchführung der Personenkontrolle und die Erteilung von Ausnahmevisa;
- g. den Polizeibehörden der Kantone und Gemeinden für Kontrollaufgaben nach diesem Gesetz sowie zur Personenidentifikation bei sicherheits- und kriminalpolizeilichen Ermittlungen;

<sup>76</sup> SR 823.21

<sup>77</sup> SR 142.31

- h. der Schweizerischen Ausgleichskasse für die Abklärung der Leistungsgesuche ausgereister Ausländer und die Berechnung der ihnen zustehenden Leistungen;
- i. den Bundesbehörden im Bereich der inneren Sicherheit und des Polizeiwesens:
  - 1. ...<sup>78</sup>
  - 2. ausschliesslich zur Personenidentifikation im Zusammenhang mit Aufgaben im Bereich des interkantonalen und internationalen polizeilichen Nachrichtenaustausches,
  - 3. ausschliesslich zur Personenidentifikation im Zusammenhang mit Auslieferungsverfahren, Rechts- und Amtshilfe, der stellvertretenden Strafverfolgung und Strafvollstreckung sowie der Kontrolle der RIPOL-Eingaben nach der RIPOL-Verordnung vom 19. Juni 1995<sup>79</sup>,
  - 4. für die Handhabung der politischen Fremdenpolizei, insbesondere betreffend Einreisesperren und Ausweisungen zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz,
  - 5. ausschliesslich zur Personenidentifikation bei sicherheits- und gerichtspolizeilichen Ermittlungen.

<sup>2</sup> Personendaten unbeteiligter Dritter dürfen beim Abrufverfahren in der Regel nicht zugänglich gemacht und in keinem Fall weiterbearbeitet werden.

<sup>3</sup> Der Bundesrat erlässt Ausführungsbestimmungen über Organisation und Betrieb des Zentralen Ausländerregisters sowie über den Katalog der zu erfassenden Daten, den Zugriff auf die Daten, die Bearbeitungsberechtigung, die Aufbewahrungsdauer der Daten sowie der Archivierung und Löschung der Daten.

#### **Art. 22f**

Das Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung betreibt in Zusammenarbeit mit dem Beschwerdedienst des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und den kantonalen und kommunalen Fremdenpolizeibehörden ein automatisiertes Personendossier-, Informations- und Dokumentationssystem. Es dient zur Vereinfachung der Verfahrensabläufe in Erfüllung der Aufgaben nach diesem Gesetz und zum schnellen und einfachen Zugriff auf Dokumentationen.

#### **Art. 22g**

Für Beschwerden, die sich auf Bestimmungen dieses Abschnittes berufen, gilt Artikel 25 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992<sup>80</sup> über den Datenschutz.

<sup>78</sup> Aufgehoben durch Ziff. IV 2 des BG vom 24. März 2000 über die Schaffung und die Anpassung gesetzlicher Grundlagen für die Bearbeitung von Personendaten (AS 2000 1891; BBl 1999 9005).

<sup>79</sup> SR 172.213.61

<sup>80</sup> SR 235.1

## Vierter Abschnitt:<sup>81</sup> Strafbestimmungen

### Art. 23<sup>82</sup>

<sup>1</sup> Wer falsche fremdenpolizeiliche Ausweispapiere herstellt oder echte verfälscht, sowie wer solche wissentlich gebraucht oder verschafft, wer wissentlich echte, aber nicht ihm zustehende Ausweispapiere verwendet, wer echte Ausweispapiere Unberechtigten zum Gebrauch überlässt, wer rechtswidrig das Land betritt oder darin verweilt, wer im In- oder Ausland die rechtswidrige Ein- oder Ausreise oder das rechtswidrige Verweilen im Lande erleichtert oder vorbereiten hilft, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Mit dieser Strafe kann Busse bis zu 10 000 Franken verbunden werden; in leichten Fällen kann auch nur auf Busse erkannt werden.

<sup>2</sup> Wer in der Absicht, sich oder einen anderen unrechtmässig zu bereichern, einem Ausländer die rechtswidrige Einreise oder das rechtswidrige Verweilen im Lande erleichtert oder vorbereiten hilft, wird mit Gefängnis und mit Busse bis zu 100 000 Franken bestraft. Die gleiche Strafdrohung gilt, wenn der Täter ohne Bereicherungsabsicht für eine Vereinigung oder Gruppe von Personen handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung dieser Tat zusammengefunden hat.<sup>83</sup>

<sup>3</sup> Von der Bestrafung wegen rechtswidriger Einreise kann Umgang genommen werden, wenn der Ausländer sofort ausgeschafft wird. In die Schweiz Geflüchtete sind straflos, wenn die Art und Schwere der Verfolgung den rechtswidrigen Grenzübertritt rechtfertigen; Hilfe hierzu ist ebenfalls straflos, soweit sie aus achtenswerten Beweggründen geleistet wird.<sup>84</sup>

<sup>4</sup> Wer vorsätzlich Ausländer beschäftigt, die nicht berechtigt sind, in der Schweiz zu arbeiten, wird zusätzlich zu einer allfälligen Bestrafung nach Absatz 1 für jeden rechtswidrig beschäftigten Ausländer mit einer Busse bis zu 5000 Franken bestraft. Handelt er fahrlässig, so beträgt die Busse bis zu 3000 Franken. In besonders leichten Fällen kann von einer Bestrafung Umgang genommen werden. Wenn der Täter aus Gewinnsucht handelt, ist der Richter an diese Höchstbeträge nicht gebunden.<sup>85</sup>

<sup>5</sup> Wer nach Absatz 4 wegen vorsätzlicher Begehung rechtskräftig verurteilt wurde und innert fünf Jahren erneut rechtswidrig einen Ausländer beschäftigt, kann zusätzlich zur Busse mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Haft bestraft werden.<sup>86</sup>

<sup>81</sup> Ursprünglich Dritter Abschnitt.

<sup>82</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>83</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1987, in Kraft seit 1. März 1988 (AS 1988 332 333; BBl 1986 III 244).

<sup>84</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1987, in Kraft seit 1. März 1988 (AS 1988 332 333; BBl 1986 III 244).

<sup>85</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1987, in Kraft seit 1. März 1988 (AS 1988 332 333; BBl 1986 III 244).

<sup>86</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1987, in Kraft seit 1. März 1988 (AS 1988 332 333; BBl 1986 III 244).

<sup>6</sup> Andere Zuwiderhandlungen gegen fremdenpolizeiliche Vorschriften oder Verfügungen der zuständigen Behörden werden mit Busse bis zu 2000 Franken bestraft; in besonders leichten Fällen kann von Bestrafung Umgang genommen werden.<sup>87</sup>

**Art. 23a**<sup>88</sup>

Wer Massnahmen nach Artikel 13e nicht befolgt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Haft bestraft, falls sich erweist, dass der Vollzug der Weg- oder Ausweisung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen undurchführbar ist.

**Art. 24**<sup>89</sup>

<sup>1</sup> Die Verfolgung und Beurteilung der Zuwiderhandlungen nach den Artikeln 23 und 23a obliegt den Kantonen.<sup>90</sup> Die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches<sup>91</sup> finden Anwendung. Ist eine Zuwiderhandlung in mehreren Kantonen begangenen worden, so ist zur Verfolgung der Kanton zuständig, der diese zuerst aufnimmt.

<sup>2</sup> Bussen können bei nachgewiesener Mittellosigkeit in leichten Fällen von der kantonalen Regierung erlassen werden.

<sup>3</sup> ...<sup>92</sup>

**Art. 24a**<sup>93</sup>

Verfälschte und gefälschte Reisedokumente sowie echte Reisedokumente, die missbräuchlich verwendet wurden, können nach Weisung des Bundesamtes für Zuwanderung, Integration und Auswanderung von den schweizerischen Auslandvertretungen, den Grenzposten sowie den zuständigen kantonalen Behörden eingezogen oder zuhanden des Berechtigten sichergestellt werden. Vorbehalten bleibt die Einziehung im Rahmen eines Strafverfahrens.

<sup>87</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1987, in Kraft seit 1. März 1988 (AS 1988 332 333; BBl 1986 III 244).

<sup>88</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).

<sup>89</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>90</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 18. März 1994 über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, in Kraft seit 1. Febr. 1995 (AS 1995 146 151; BBl 1994 I 305).

<sup>91</sup> SR 311.0

<sup>92</sup> Aufgehoben durch Ziff. I des BG vom 9. Okt. 1987 (AS 1988 332; BBl 1986 III 244).

<sup>93</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (AS 1999 1111 2253; BBl 1996 II 1).

## Fünfter Abschnitt:<sup>94</sup> Schlussbestimmungen

### Art. 25

<sup>1</sup> Dem Bundesrat steht die Oberaufsicht über die Handhabung der fremdenpolizeilichen Vorschriften des Bundes zu. Er erlässt die zur Durchführung erforderlichen Vorschriften. Er ist insbesondere befugt, die folgenden Gegenstände zu regeln:

- a. die Ein- und Ausreise der Ausländer, die Grenzkontrolle und den kleinen Grenzverkehr;
- b. die Einführung eines fremdenpolizeilichen Ausweisbuches;
- c. die Festsetzung der von den Bundesbehörden, sowie des Höchstbetrages der in den Kantonen zu erhebenden Gebühren;
- d. das Zusammenarbeiten der fremdenpolizeilichen mit anderen Behörden, insbesondere mit denen des Arbeitsnachweises, und die Befugnisse des seco gegenüber den kantonalen Arbeitsnachweisen in Fragen des Arbeitsmarktes;
- e.<sup>95</sup> die Ermächtigung oder Weisung an die Fremdenpolizeibehörden, die Aufenthaltsbewilligung an Saisonarbeiter und -angestellte auf Widerruf zu erteilen; diese Ermächtigung gilt ausnahmsweise auch gegenüber anderen Arbeitskräften, wenn die Lage des Arbeitsmarktes unsicher ist, aber trotzdem Bewilligungen langfristig sollen erteilt werden können;
- f. die besondere fremdenpolizeiliche Behandlung von Vertretern fremder Staaten oder von Angehörigen internationaler Organisationen;
- g.<sup>96</sup> die Voraussetzungen, unter denen Ausländern ohne anerkannte und gültige heimatliche Ausweispapiere die Niederlassungsbewilligung erteilt werden kann;
- h.<sup>97</sup> die gruppenweise Ein- und Ausreise ausländischer Kinder zur Erholung und Kur im Rahmen von Hilfsaktionen und die Bedingungen, nach denen das Anwesenheitsverhältnis solcher Kinder zu regeln ist;
- i.<sup>98</sup> die Einsetzung einer aus Schweizern und Ausländern bestehenden beratenden Kommission für Ausländerfragen und die Bestimmung ihrer Aufgaben.

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann über die Niederlassung von Angehörigen solcher Staaten, die die Schweizer ungünstiger behandeln als die Schweiz deren Angehörige behandelt, Bestimmungen aufstellen, die von den Vorschriften dieses Gesetzes abweichen.

<sup>94</sup> Ursprünglich Vierter Abschnitt.

<sup>95</sup> Fassung gemäss Art. 1 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>96</sup> Eingefügt durch Art. 2 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>97</sup> Eingefügt durch Art. 2 des BG vom 8. Okt. 1948, in Kraft seit 21. März 1949 (AS 1949 I 221 227; BBl 1948 I 1293).

<sup>98</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (AS 1999 1111 2253; BBl 1996 II 1).

<sup>3</sup> Die Kantone erlassen die zur Durchführung dieses Gesetzes auf ihrem Gebiet erforderlichen Vorschriften; sie bezeichnen die zuständigen Behörden und bestimmen deren Befugnisse und Obliegenheiten. ...<sup>99</sup>

#### **Art. 25a**<sup>100</sup>

<sup>1</sup> Der Bund kann für die soziale Integration von Ausländern finanzielle Beiträge ausrichten; diese werden in der Regel nur gewährt, wenn sich die Kantone, Gemeinden oder Dritte angemessen an den Kosten beteiligen. Der Bundesrat regelt das Verfahren.

<sup>2</sup> Die vom Bundesrat nach Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe i eingesetzte beratende Kommission ist berechtigt, die Ausrichtung von Beiträgen zu beantragen und zu eingegangenen Beitragsgesuchen Stellung zu nehmen.

<sup>3</sup> Die Bundesversammlung setzt mit dem Budget den jährlichen Höchstbetrag fest.

#### **Art. 25b**<sup>101</sup>

<sup>1</sup> Der Bundesrat kann mit ausländischen Staaten Vereinbarungen über die Visumpflicht, über Rückübernahme und Transit von Personen mit unbefugtem Aufenthalt in der Schweiz, über die Niederlassung sowie Abkommen über die berufliche Aus- und Weiterbildung (Stagiaireabkommen) abschliessen.

<sup>1bis</sup> Im Rahmen von Rückübernahme- und Transitvereinbarungen kann der Bundesrat die polizeilich begleitete Durchbeförderung, einschliesslich der Rechtsstellung von Begleitpersonen der Vertragsparteien, regeln.<sup>102</sup>

<sup>2</sup> Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement kann im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten mit ausländischen Migrationsbehörden oder internationalen Organisationen Vereinbarungen über die technische Durchführung von Rückübernahme- und Transitabkommen treffen.

<sup>3</sup> Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement kann im Einvernehmen mit den übrigen interessierten Bundesbehörden mit ausländischen Arbeitsmarktbehörden Vereinbarungen über die technische Durchführung der Stagiaireabkommen treffen.

<sup>99</sup> Zweiter Satz aufgehoben durch Ziff. II 11 des BG vom 15. Dez. 1989 über die Genehmigung kantonaler Erlasse durch den Bund (AS 1991 362; BBl 1988 II 1333).

<sup>100</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (AS 1999 1111 2253; BBl 1996 II 1).

<sup>101</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. März 1999 (AS 1999 1111 1117; BBl 1996 II 1).

<sup>102</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 22. April 1999, in Kraft seit 1. Okt. 1999 (AS 1999 2411 2412; BBl 1999 1311).

**Art. 25c**<sup>103</sup>

<sup>1</sup> Die zuständigen Behörden können zur Umsetzung der in Artikel 25b erwähnten Rückübernahme- und Transitabkommen die erforderlichen Personendaten auch an Staaten bekanntgeben, die über keinen der Schweiz gleichwertigen Datenschutz verfügen.

<sup>2</sup> Zum Zweck der Rückübernahme eigener Staatsangehöriger können dem anderen Vertragsstaat folgende Daten bekanntgegeben werden:

- a. Personalien (Name, Vorname, Aliasnamen, Geburtsdatum, Geschlecht, Staatsangehörigkeit) der betroffenen Person und gegebenenfalls der Angehörigen;
- b. Angaben über den Reisepass oder andere Identitätsausweise;
- c. weitere zur Identifikation einer Person erforderliche Daten.

<sup>3</sup> Zum Zweck der Durchbeförderung Angehöriger von Drittstaaten können dem anderen Vertragsstaat folgende Daten bekanntgegeben werden:

- a. Daten nach Absatz 2;
- b. Angaben über Aufenthaltsorte und Reisewege;
- c. Angaben über Anwesenheitsbewilligung und erteilte Visa.

<sup>4</sup> Die Zweckbindung, allfällige Sicherheitsmassnahmen sowie die zuständigen Behörden sind im entsprechenden Abkommen festzulegen.

**Art. 26**

<sup>1</sup> Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sind die Verordnung vom 29. November 1921<sup>104</sup> über die Kontrolle der Ausländer sowie die mit diesem Gesetz im Widerspruch stehenden Bestimmungen aufgehoben.

<sup>2</sup> Von den bestehenden Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen verwandeln sich diejenigen in Niederlassungsbewilligungen dieses Gesetzes, die nicht oder nur der Kontrolle halber befristet und nicht an Bedingungen geknüpft sind und deren Inhaber nicht mehr der eidgenössischen Kontrolle unterstehen. Alle übrigen Bewilligungen gelten als Aufenthaltsbewilligungen gemäss diesem Gesetz.<sup>105</sup>

<sup>3</sup> Die sonstigen beim Inkrafttreten dieses Gesetzes zu Recht bestehenden Verfügungen bleiben in Geltung; für Einreisesperren und Einreisebeschränkungen beginnt die Frist von Artikel 13 Absätze 1 und 2 mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

<sup>4</sup> Die Strafbestimmungen dieses Gesetzes finden auf die vor seinem Inkrafttreten begangenen Zuwiderhandlungen Anwendung, wenn sie für den Täter milder sind.

<sup>103</sup> Eingefügt durch Ziff. I des BG vom 26. Juni 1998, in Kraft seit 1. März 1999 (AS 1999 1111 1117; BBl 1996 II 1). Siehe dazu Abs. 2 der SchIB Änd. 26.6.1998 am Ende dieses Textes.

<sup>104</sup> [AS 37 825, 41 752, 44 770]

<sup>105</sup> Fassung gemäss Ziff. I des BG vom 20. Juni 1986, in Kraft seit 1. Jan. 1988 (AS 1987 1665 1668; BBl 1986 I 1).



<sup>5</sup> Schwebende Verfahren stehen vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an unter dessen Vorschriften. Wenn aber eine andere Behörde zuständig würde, so kann die bisher zuständige Behörde das Verfahren zu Ende führen.

<sup>6</sup> Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Datum des Inkrafttretens: 1. Januar 1934<sup>106</sup>

### **Schlussbestimmungen der Änderung vom 18. März 1994<sup>107</sup>**

#### **Art. 1**           Vollzug

<sup>1</sup> Die Kantone erlassen die für den Vollzug dieses Gesetzes notwendigen Einführungsbestimmungen.

<sup>2</sup> Bis zum Erlass derselben, aber während höchstens zwei Jahren, sind die Kantonsregierungen befugt, die notwendigen Bestimmungen zu erlassen.

#### **Art. 2**           Übergangsbestimmungen

Für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes hängigen Verfahren gilt das neue Recht. Die Anordnung einer Vorbereitungs- oder Ausschaffungshaft oder einer Durchsuchung aufgrund von Tatsachen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eingetreten sind, ist jedoch ausgeschlossen.

#### **Art. 3**           Referendum und Inkrafttreten

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

### **Schlussbestimmungen der Änderung vom 26. Juni 1998<sup>108</sup>**

<sup>1</sup> Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement bleibt zuständig für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gesetzesänderung bei ihm hängigen Beschwerden.

<sup>2</sup> Artikel 25c gilt nur für die nach dem Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung abgeschlossenen Rückübernahme- und Transitabkommen.

<sup>106</sup> BRB vom 5. Mai 1933 (AS 49 289)

<sup>107</sup> AS 1995 146; BBl 1994 I 305

<sup>108</sup> AS 1999 1111 2253; BBl 1996 II 1

